Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsständlern und in allen Kneipen erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Bahnhofstr. 3 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 3 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Montag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 20. Dezember 1926 — Nummer 284

Lehren der Regierungskrise

„Das ist so die eiserne Logik des Marxismus. Er setzt sich durch, und wenn es nicht anders ist, selbst gegen die „Marxisten". Die letzten Tage haben dafür den schlagenden Beweis erbracht. Eigentlich war die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion Anhänger der Großen Koalition ... Der Beschluß der Fraktion ... hatte ganz andere Ziele gehabt ... Die Rede Scheidemanns hat auch die letzten Scherben in Stücken geschlagen, nicht weil er das wollte, sondern weil er es mußte ..." (Leipziger Volkszeitung vom 17.12. über die Politik der Sozialdemokratie.)

Der Sturz der Marx-Regierung war unmittelbar ein Ergebnis von parlamentarischen Parteimanövern, das kann und soll nicht bezweifelt werden. Es wäre aber sehr kurzsichtig, nur diese Parteimanöver der verschiedenen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zu sehen, und sie nicht gleichzeitig als Auswirkung der Klassenkräfte zu erkennen, die zu diesen Manövern gezwungen haben. Selbst einem so extremopportunistischen Blatte wie der VB dämmert etwas, wenn es in seinem Triumph darüber, den Parteivorstand endlich auf die Linie der eigenen Schaukelpolitik einschwenken zu sehen, in einem Leitartikel („Der Zwang zum Klassenkampf") feststellen muß, daß kein freiwilliges Manöver der Sozialdemokratischen Partei vorlag, als sie im Reiche in die „Opposition" ging.

Es stehe kurzsichtiger sein, als dieses Zentralblatt des linken Reformismus in Deutschland, wenn man nicht setzen wollte, auf diesem Hintergrunde das Manöver abspielt: Auf dem Hintergrunde einer tiefgehenden Umschichtung der Klassenkräfte, einer breiten Linksentwicklung weit über die Reihen des Proletariats hinaus in allen Schichten der Werktätigen. Der Regierungssturz ist ein Alarmsignal für unsere Aufmerksamkeit, daß die Linksentwicklung in Deutschland verlangt in diesen Tagen der Regierungskrise mehr als je die ernsteste Aufmerksamkeit der Partei der Revolution.

Ohne jede Illusion und Uebertreibung dürfen wir feststellen: Der Sturz der Regierung Marx, unmittelbar das Ergebnis des Fraktionskampfes und des Drängens zweier Richtungen im Lager der Bourgeoisie um die Führung (des Bürgerblocks und des Silverbergblocks der Großen Koalition), ist eine Niederlage einer schwankenden Gruppe zwischen den beiden Richtungen, die wechselnden parlamentarischen Mehrheiten regieren wollten, aber dieser Regierungssturz ist mittelbar eine Niederlage aller Richtungen der Bourgeoisie, ist eine erste sichtbare Auswirkung des neuen beginnenden Vormarsches der Arbeiterklasse in Deutschland. Fürwahr, ein Wahrzeichen der Grenzen der relativen Stabilisierung. Nicht die Bürgerblockpolitik der Deutschnationalen, nicht die Silverbergoffensive der Sozialdemokraten tragen den eigentlichen Erfolg davon, vielmehr zeigt die Regierungskrise, die besonders wegen der Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei viel ernster ist, als die früheren Regierungskrisen, daß sie während der Zeit der Rationalisierungsoffensive, im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erwachen aller Schichten der deutschen Werktätigen und ihrer beginnenden Formierung in der Front des Kongresses der Werktätigen steht. Man kann sagen, die Marx-Regierung würde, wenn nicht durch den Kongreß der Werktätigen, so unter dem Eindruck des Kongresses gestürzt.

Die neue Front zeigte sich in Deutschland zum erstenmal beim Volksentscheid, diese Front war wieder festzustellen bei allen Abstimmungen in der letzten Zeit, insbesondere bei den Sachsenwahlen; diese Front marschierte stärker als jemals vorher zum RdW auf und der mittelbare Zusammenhang zwischen Werktätigenkongreß und Regierungskrise, der seinen Ausdruck insbesondere findet in dem „überraschenden" Vorstoß der Sozialdemokratischen Partei, die dagegen hat, daß es höchste Zeit sei, das Silverbergprogramm zu verwirklichen, ist so sonnenklar, daß jeder weitere Beweis sich erübrigt.

Vor knapp anderthalb Jahren, zurzeit der Hindenburgwahlen, war die stärkste Partei Deutschlands zweifellos der Bürgerblock; diese Partei der bürgerlichen Stabilisierer und Rationalisierer mit ihren Millionen Nachläufern voll der Illusionen über die Perspektiven der Rettung Deutschlands vom Untergang durch amerikanische Kredite, Völkerbundspolitik und die Rationalisierung des Trustkapitals.

Heute dagegen, anderthalb Jahre später, das ist die überzeugende Botschaft des Volksentscheids, der letzten Wahlen und des RdW, ist die stärkste Partei Deutschlands nicht mehr der Bürgerblock, heute ist es: die Partei der proletarischen Einheitsfront. Der linke Arbeiterblock, der heute unter der Führung und Initiative der Kommunistischen Partei seine ersten Schritte macht, der bereits beginnt, die ersten Schritte zum Bündnis des Proletariats mit den Mittelschichten zu verwirklichen. Er ist heute in Deutschland zweifellos die stärkste Partei geworden. Die Sachsenwahlen, die die Desintegrierung der großbürgerlichen Parteien und die Linksschwenkung in der Arbeiterklasse, die Abwendung der Mittelschichten von ihren bisherigen Führern, den Großkapitalisten zeigten; der Kongreß der Werktätigen mit seinen 2000 Delegierten aus allen Schichten des werktätigen Volkes, die Zersetzung der Demokratischen Partei usw., alle diese Tatsachen bestätigen ganz einfach unsere Analyse, 2½ Jahre Rationalisierung genügten, genügt, unsere Analyse, 2½ Jahre Rationalisierung genügten, um nach den schweren Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse in der Inflationsperiode und besiegelt im Oktober 1923, diesen Umschwung herbeizuführen.

Wir befinden uns zweifellos noch in keiner unmittelbar revolutionären Situation, der deutsche Reformismus ist keineswegs gelähmt, die Partei des proletarischen Einheitsfront umfaßt weder den zielklaren Kommunisten vielleicht eine ebenso große Zahl noch unklarer, noch schwankender parteiloser Arbeiter, ehrlicher linker sozialdemokratischer Arbeiter, schwankende Angehörige der Mittelschichten, aber sie besteht und wie sie von den Fraktionen der Bourgeoisie eingeschätzt wird, das zeigt gerade die Regierungskrise.

Das ist die Lage, in der die Kommunistische Partei in der Front des RdW zu verhindern versuchen muß, daß die „Scherben" am Ende der parlamentarischen Parteimanöver, durch eine der Fraktionen der Bourgeoisie wieder für längere Zeit zusammengeleimt werden.

Die Haltung des sozialdemokratischen Zentralorgans am Tage nach dem Regierungssturz bringt den letzten Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie auch heute und besonders heute kein anderes Ziel kennt, als den Ausweg in die Große Koalition nach den Parolen von Silverberg zu finden. Der Vorwärts sagt mit schamloser Offenheit, daß die Sozialdemokratie als Ergebnis des Regierungssturzes feststelle, daß die letzten Hindernisse für die Große Koalition beseitigt seien. Es hänge jetzt nur vom Zentrum ab, um sie zu verwirklichen. Auch das Zentrum und die Volkspartei lehnen nicht etwa diese Lösung ab.

Jeder sozialdemokratische Arbeiter muß von uns in diesen Tagen gefragt werden, ob er das als Ergebnis seiner oppositionellen Haltung gewollt hat, was der Vorwärts formuliert: „Die Sozialdemokratie ist auch heute noch genau dieselbe, die sie gestern und vorgestern war. An ihrer politischen Richtung hat sich nichts geändert. Sie ist noch mehr bereit, an einer Regierung mitzuwirken, in der sie für den Schutz der Republik und für die arbeitenden Massen des Volkes etwas erreichen kann." Eine Koalitionsregierung sieht der Vorwärts in unmittelbarer Nähe, „wenn sich das Zentrum (!) nicht zum Bürgerblock zwingen läßt".

Die Presse der linken Sozialdemokratie zeigt so eindringlich wie nur möglich, daß das nicht die Stellung der sozialdemokratischen Arbeiter ist. Nicht nur die Leipziger Volkszeitung, sondern die gesamte Presse der Linken triumphierte vorgestern am Tage der großen Opposition, daß sich die Sozialdemokratie endlich auf dem richtigen Weg zurückgefunden habe. „Die Bahn ist frei, alles nimmt erleichtert auf" (LVZ). „Endlich endlich steht die Sozialdemokratie auf dem Platz, auf den sie die Geschichte gestellt hat ..." (Frankfurter Volksstimme) usw. Diese Sprache müssen wir verstehen. Im gleichen Tone wurde nicht nur von den Linken in zahlreichen Bezirken im Reiche das Oppositionsmanöver begrüßt. Wir müssen verstehen, daß es sich für uns jetzt in erster Linie nicht darum handelt darf, in diesem „endlich" die feurige Befriedung der linken Schaukelpolitiker festzustellen, daß der Parteivorstand endlich auf ihre Linie gelangt sei. Es ist für uns viel wichtiger, diesen Stoßseufzer zu verstehen, aus der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter, die drohend hinter den Redaktionen der „Linken" stehen. Die sozialdemokratische Parteiführung hat selber dafür gesorgt und wird weiter dafür sorgen, daß die dort noch vorhandenen Illusionen verfliegen. Es kann für uns wahrlich nicht schwer sein, am Tage der Vorwärts-Erklärung nach dem Regierungssturz den sozialdemokratischen Arbeitern die — und dies besonders seit der Hohenzollernverräterei der Partei — im ganzen Reiche in jeder Abteilung der Sozialdemokratischen Partei immer oppositioneller werden, davon zu überzeugen, wohin die Reise des sozialdemokratischen Parteivorstandes und wohin die Reise auch der „linken" Führer geht, und welches dagegen der Weg der klassenbewußten Arbeiterklasse sein muß.

Die sozialdemokratischen Delegierten des RdW haben vor wenigen Tagen bewiesen, daß es sozialdemokratische Arbeiter und nicht wenige gibt, die sich heute schon bedingungslos der proletarischen Einheitsfront anschließen, auch wenn sie nicht in allen Punkten mit den Kommunisten heute schon einig sind. In der breiten Diskussion, die unsere Partei in jedem Betrieb, in jeder Werkstatt, überall unter den Proletariern und in den Kreisen der Mittelschichten jetzt einsetzen lassen muß, haben wir einige Wochen Zeit, um die Front des Kongresses der Werktätigen zu verbreitern, um vor allem die sozialdemokratischen Arbeiter schon jetzt dahin zu bringen, daß sie erkennen, daß schon der ernsthafte Kampf um die nächsten brennendsten Forderungen vom Achtstundentag bis zur Mieterfrage nicht in der Silverbergfront, sondern nur in der proletarischen Einheitsfront zu verwirklichen sind. Wir haben die Zeit, wir haben die Kraft, sie auch davon zu überzeugen, daß ein nächster gemeinsamer Schritt sein muß, der Kampf um die Auflösung dieses Reichstages, darüber haben wir nie einen Zweifel gelassen, ist nicht etwa eine Forderung, getragen von der Illusion, daß ein anderer Reichstag ein schlimmerer Feind der Arbeiterklasse sein konnte wie dieser. Aber die Auflösung des Reichstages würde der proletarischen Einheitsfront zu einer mächtigen Demonstration verhelfen und im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung eine große Gelegenheit geben zur außerparlamentarischen Mobilisierung derjenigen proletarischen Schichten, die noch in demokratischen Illusionen befangen sind, die aber heute schon aus der Hindenburgfront in die proletarische Einheitsfront einzuschwenken beginnen. Deshalb ist die Auflösung des Reichstages der nächste notwendige Schritt, wenn wir sie erzwingen, so verhindern wir nicht nur einen Neubildungsversuch einer Bürgerblockregierung oder der Großen Koalition, so kommen wir auch durch die Mobilisierung für das rote Arbeiterdeutschland für die unmittelbaren Forderungen, für den Achtstundentag, für höhere Löhne, für die Forderungen aller werktätigen Schichten, für das Bündnis mit Sowjetrußland gegen die imperialistischen Kriegshetzer und gegen die Völkerbundsstaaten einen Schritt weiter, dem Ziele näher, daß der Kongreß der Werktätigen als einzigen Ausweg gestellt hat, der Erkämpfung der Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland.

Der Regierungsumhandel vertagt

Die Fraktionsführer bei Hindenburg

Im Laufe des Sonnabend empfing Hindenburg die Führer der Fraktionen des Reichstages zu Einzelbesprechungen über die Neubildung der Reichsregierung, nämlich die Abgeordneten Graf Westarp (Deutschnational), Müller-Franken (Soz.), V. Guérard (Zentrum), Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei), ferner den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, sowie den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Wie gemeldet wird, hat sich Hindenburg entschlossen, die Verhandlungen zur Neubildung der Regierung auf Grund der Fühlungnahme mit den Fraktionsvorsitzenden bis kurz vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen. Die Rote Fahne schreibt heute morgen zur Regierungskrise u. a.: „Die Marx-Regierung ist eine Verlegenheitslösung der parlamentarischen Parteien aus der Krise gewesen, die sie schließlich nur wieder in die Verlegenheit einer neuen Krise zurückgeführt hat. Sie hat in den Fragen der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Finanzen und der Kultur stets auf seiten der Reaktion gestanden. Wenn sie jetzt stürzt, so deshalb, weil jenes labile Kräfteverhältnis zwischen den Klassen von beiden Seiten angegriffen wird, sowohl von der Bourgeoisie in ihrem bewußten Teil, den Deutschnationalen und Volksparteilern, wie von der Arbeiterklasse, die sich gegen den Nationalisierungsdruck immer entschiedener zu wehren beginnt. Es handelt sich bei der Regierungskrise nicht um die Errechnung eines parlamentarischen Mehrheitsverhältnisses. Es handelt sich um die Lösung von Machtfragen. Die Bourgeoisie wird noch entschiedener als bisher sie zu ihren Gunsten beantworten, wenn die Arbeiter nicht ihre Antwort geben. Die Sozialdemokratie verzichtet auf den Einsatz außerparlamentarischer Aktionen, ohne die jedes Auftreten der Vertreter der Arbeiterschaft im Parlament sinnlos wird. Der Kongreß der Werktätigen hat das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und allen werktätigen Schichten erneut bekräftigt. Es gilt jetzt, dieses Bündnis zu bewahren. Es gilt, das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterschaft zu ändern."

Die Welt am Montag berichtet noch von den letzten Verhandlungen vor dem Regierungssturz, daß die Deutschnationalen am Freitag den Verzicht auf die Große Koalition und die sofortigen Verhandlungen über den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett verlangt haben. Marx hat die zweite Forderung abgelehnt und zur Frage der Großen Koalition erklärt, eine Erweiterung der Regierungsbasis nach links erscheine fürs erste als ausgeschlossen.

Schiedsspruch für die Textilindustrie

6 Prozent Lohnerhöhung für 6 Monate

Im sächsischen Arbeitsministerium wurde im Lohnstreit der **mitteldeutschen und der sächsisch-thüringischen Textilindustrie folgender Schiedsspruch gefällt: Die tariflichen Grundlöhne werden vom 1. Januar 1927 ab um 6 Prozent erhöht. Die gleiche Erhöhung ist auch für die Akkordarbeiten vorgesehen. Die neuen Löhne sollen bis zum 30. September 1927 Geltung haben. Sie sollen auch für die sächsisch-thüringischen Kammgarnspinnereien in Anwendung kommen. Erklärungsfrist ist der 22. Dezember.**

Dieser Schiedsspruch ist eine ungeheuerliche Provokation der Textilarbeiter, die seit Jahren unter den erbärmlichsten Lohnverhältnissen arbeiten müssen. Der Schiedsspruch ist für die Textilarbeiter unannehmbar, zumal er volle neun Monate Gültigkeit haben soll. Im März 1927 laufen die Manteltarifverträge für die Textilindustrie ab. Wird dieser Schiedsspruch jetzt von dem Textilarbeiterverband angenommen, so wird dieser Vertragsabschluß bei den kommenden Kämpfen um die Arbeitszeit die Textilarbeiter ernsthaft behindern. Die Textilarbeiter können und dürfen sich mit einer derartigen langen Laufdauer eines Lohnabkommens nicht zufrieden geben. Würde der Schiedsspruch Vertrag, wäre das für die Unternehmer bei anderen Gruppen Veranlassung, eine gleichlange oder noch längere Laufdauer des Tarifs zu fordern.

Generalaussperrung in der Schuhindustrie

Frankfurt a. M., 18. Dezember. (Eigen. Drahtbericht.) **Die gestern abgehaltene Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Schuh- und Schäfte-Fabrikanten e. V. beschloß die Generalaussperrung. Die Arbeiter sämtlicher Verbandsbetriebe sollen am 22. Dezember zum 8. Januar 1927 gekündigt werden. Der Vorstand des Zentralverbandes der Schuhmacher hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt.**

Die Scharfmacher der Schuhindustrie wollen also etwa 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße werfen. Die paar Pfennige Lohnerhöhung, die den Schuharbeitern durch den Schiedsspruch zugesprochen wurden, sind den Unternehmern noch zu viel. Dabei ist der Schiedsspruch absolut ungenügend und soll zudem trotz ununterbrochen steigender Lebenshaltungskosten ein volles halbes Jahr Geltung haben.

SLUB
Wir führen Wissen.